

Ergebnisniederschrift

über die Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales (GGSA/IX-029/2016)
des Landkreises Darmstadt-Dieburg

am 20.01.2016, 15:02 Uhr bis 17:08 Uhr,
Kreistagssitzungssaal,
Kreishaus Darmstadt, Jägertorstraße 207, 64289 Darmstadt

Tagesordnung

TOP	Betreff
Öffentlicher Teil	
1.	Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"
1.1.	1. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg 2015 Vorlage: 3189-2015/DaDi
1.2.	2. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg 2015 Vorlage: 3190-2015/DaDi
1.3.	3. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg 2015 Vorlage: 3191-2015/DaDi
2.	Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten
3.	Aktuelle Situation der Asylbewerber im Landkreis Darmstadt-Dieburg
3.1.	Durchführung des Gesetzes über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge Vorlage: 3317-2016/DaDi
4.	Vorbereitung der Kreistagssitzung
4.1.	Entschuldung Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg Vorlage: 3269-2015/DaDi
4.2.	Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg
4.2.1.	Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg - Antrag CDU Vorlage: 2475-2014/DaDi

4.2.2.	Sicherung der medizinischen Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg hier: Hausärztliche und fachärztliche Versorgung durch Medizinische Versorgungszentren Vorlage: 3215-2015/DaDi
4.3.	Initiative für Beschäftigung in der Flüchtlingshilfe - Antrag FW-PP Vorlage: 3229-2015/DaDi
4.4.	Fahrtkostenübernahme für Kinder - Antrag FW-PP Vorlage: 3240-2015/DaDi
4.5.	Kinderschutz - Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderschutzbund Vorlage: 3091-2015/DaDi
5.	Kenntnisnahmen
5.1.	Das Jugendamt des Landkreises Darmstadt-Dieburg Jahresbericht 2013/2014 Vorlage: 3226-2015/DaDi
5.2.	Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (November 2015) Vorlage: 3266-2015/DaDi
5.3.	Anfragen zum Bericht über die Ausführung des Frauenförderplanes für das Jahr 2014 - Anfrage Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales Vorlage: 3270-2015/DaDi
6.	Mitteilungen und Anfragen

Anwesende	
Fraktion der SPD	
Frau Angelika Dahms	
Herr Axel Goldbach	
Herr Clemens Laub	ab TOP 1.2 (15:06 Uhr)
Herr Matti Merker	Vertreter für Abg. Dr. Göbel, Mathias
Frau Karin Spalt	bis TOP 4.4 (16:50 Uhr)
Fraktion der CDU	
Herr Boris Freund	Vertreter für Abg. Fricke, Thorsten
Frau Marita Keil	vor TOP 1.1 (15:04 Uhr)
Herr Frank Klock	bis TOP 4.3 (16:47 Uhr)
Frau Iris Landgraf-Sator	
Herr Waldemar Stetter	Vertreter für Abg. Pauker-Buß, Gabriele
Fraktion von Bündnis90/Die Grünen	
Frau Renate Battenberg	
Herr Christian Grunwald	
Frau Susanne Hoffmann-Maier	
Fraktion der FDP	
Herr Horst Schultze	
Fraktion der FW-PP	
Herr Markus Brechtel	
Fraktion von Die Linke	
Herr Fraktionsvorsitzender Walter Busch-Hübenbecker	Beratendes Mitglied (§ 33 HKO i. V. m. § 62 Abs. 4 S. 2 HGO)
Kreistagspräsidium	
Frau Fraktionsvorsitzende Brigitte Harth	ab TOP 3 (15:10 Uhr)
Herr Fraktionsvorsitzender Klaus-Jürgen Hoffie	vor TOP 1.1 (15:05 Uhr)
Herr Fraktionsvorsitzender Lutz Köhler	vor TOP 1.1 (15:05 Uhr) bis TOP 4.3 (16:40 Uhr)
Frau Barbara Roos	
Kreisausschuss	
Herr Landrat Klaus Peter Schellhaas	bis TOP 4.3 (16:42 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Rosemarie Lück	
Herr Kreisbeigeordneter Uwe Bülter	
Herr Kreisbeigeordneter Marco Hesser	vor TOP 1.1 (15:04 Uhr) bis TOP 4.2, 4.2.1 und 4.2.2 (16:24 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Doris Hofmann	
Herr Kreisbeigeordneter Rolf Meyer	
Herr Kreisbeigeordneter Tilman Schmieder-Harth	vor TOP 1.1 (15:05 Uhr) bis TOP 5.1 (17:03 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Marianne Streicher-Eickhoff	ab TOP 3 (15:11 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Jessika Tips	bis TOP 4.3 (16:40 Uhr)
Frau Kreisbeigeordnete Karin Voigt	vor TOP 1.1 (15:05 Uhr)
Verwaltung	
Herr Christoph Dahmen	
Frau Johanna Fiskal	

Anwesende
Herr Roman Gebhardt
Frau Christine Griga
Frau Brigitte Hartwig
Herr Frank Horneff
Herr Rainer Leiß
Herr Thomas Raab
Frau Annika Schmid
Herr Otto Weber
Frau Rita Weirich

Abwesende
Fraktion der SPD
Herr Dr. Mathias Göbel
Herr Aron Krist
Fraktion der CDU
Herr Thorsten Fricke
Frau Gabriele Pauker-Buß

Vorsitzende Dahms stellt fest:

1. Die Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist form- und fristgerecht ergangen.
2. Der Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales ist beschlussfähig.
3. **Vorsitzende Dahms** verweist auf die aktualisierte Tagesordnung. Sie stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, die Tagesordnungspunkte 4.2, 4.2.1 und 4.2.2 gemeinsam aufzurufen und zu beraten. Weitere Änderungswünsche zur Tagesordnung werden nicht erhoben.
4. Einwände gegen die Ergebnisniederschrift der 28. Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales wurden nicht erhoben.
5. Schriftführerin ist Johanna Fiskal.

Protokoll
des öffentlichen Teils

Beschluss zu TOP 1.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Eigenbetriebs "Kreiskliniken"**

Beschluss:

Vorsitzende Dahms weist auf den als Tischvorlage verteilten Bericht des Eigenbetriebes „Kreiskliniken“ hin. Dieser ist der Niederschrift als Anlage 1 beigelegt.

Beschluss zu TOP 1.1.

Vorlage-Nr.: 3189-2015/DaDi

Aktenzeichen: 031-015

Betreff: **1. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg 2015**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Klaus Peter Schellhaas gibt

Den als Anlage beigefügte Vierteljahresbericht für das I. Quartal 2015 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausbetriebsverordnung und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung den Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.

Mit dem beiliegenden Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

Beschluss zu TOP 1.2.

Vorlage-Nr.: 3190-2015/DaDi

Aktenzeichen: 031-015

Betreff: **2. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg 2015**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Klaus Peter Schellhaas gibt

den als Anlage beigefügten Vierteljahresbericht für das II. Quartal 2015 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausbetriebsverordnung und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung den Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung der Erträge und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.

Mit dem beiliegenden Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

Beschluss zu TOP 1.3.

Vorlage-Nr.: 3191-2015/DaDi

Aktenzeichen: 031-015

Betreff: **3. Vierteljahresbericht des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg 2015**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Landrat Klaus Peter Schellhaas gibt den als Anlage beigefügten Vierteljahresbericht für das III. Quartal 2015 des Eigenbetriebs Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg zur Kenntnis.

Nach den Bestimmungen des § 3 Krankenhausbetriebsverordnung und des § 21 Eigenbetriebsgesetz hat die Krankenhausbetriebsleitung den Kreisausschuss und die Krankenhausbetriebskommission vierteljährlich über die Entwicklung und Aufwendungen sowie über die Abwicklung des Vermögensplanes schriftlich zu unterrichten.

Mit dem beiliegenden Vierteljahresbericht kommt die Betriebsleitung dieser Verpflichtung nach.

Beschluss zu TOP 2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten**

Beschluss:

Vorsitzende Dahms weist auf den bereits versandten Bericht des Büros für Chancengleichheit und der Frauenbeauftragten hin. Dieser ist der Niederschrift als Anlage 2 beigelegt.

Beschluss zu TOP 3.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Aktuelle Situation der Asylbewerber im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss:

Vorsitzende Dahms weist auf die als Tischvorlage verteilten und als Anlage 3 beigefügten Informationen zu der aktuellen Situation der Asylsuchenden im Landkreis Darmstadt-Dieburg hin.

Landrat Schellhaas berichtet zu der aktuellen Situation der Asylsuchenden im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Die vorgestellte Präsentation ist der Niederschrift als Anlage 4 beigefügt.

Kreisbeigeordnete Lück informiert, dass der Landkreis Offenbach, der Odenwaldkreis und der Landkreis Darmstadt-Dieburg das ungenutzte Jugendheim in Brensbach, Ortsteil Affhöllerbach, gemeinsam als Unterkunft für die zugeteilten unbegleiteten minderjährigen Ausländer (UMA's) betreiben werden und gibt hierzu weitere Erläuterungen.

Auf Nachfrage von **Abg. Landgraf-Sator** (CDU) sagt **Kreisbeigeordnete Lück** zu, eine Statistik über die Rückführung von geduldeten Asylsuchenden im Landkreis Darmstadt-Dieburg nachzureichen.

Landrat Schellhaas schlägt daraufhin vor, **Frau Gebler**, Fachgebietsleiterin unter anderem für die Bereiche Ausweisungen und Abschiebungen, in der nächsten Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales um einen Bericht zu bitten. **Vorsitzende Dahms** stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales zu dieser Verfahrensweise fest.

Fragen werden durch **Landrat Schellhaas** und **Kreisbeigeordnete Lück** beantwortet.

Beschluss zu TOP 3.1.

Vorlage-Nr.: 3317-2016/DaDi

Aktenzeichen: 413-001

Betreff: **Durchführung des Gesetzes über die Aufnahme ausländischer Flüchtlinge**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Erste Kreisbeigeordnete Lück gibt Das Schreiben des Regierungspräsidiums Darmstadt vom 08.01.2016 mit der Quotenabrechnung für das 3. Quartal 2015 und der Errechnung der turnusmäßig aufzunehmenden Personen für das 1. Quartal 2016 zur Kenntnis.

Beschluss zu TOP 4.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Vorbereitung der Kreistagsitzung**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 4.1.

Vorlage-Nr.: 3269-2015/DaDi

Aktenzeichen: 031-031

Betreff: **Entschuldung Kreiskliniken Darmstadt-Dieburg**

Beschluss: **ungeändert beschlossen**

Beschlussvorschlag:

1. Die Kreiskliniken werden die Finanzierung für das Investitionsprogramm in Höhe von ca. 73 Mio. Euro, von denen das Land Hessen 40 Mio. Euro ratierlich über 10 Jahre fördert, in 2016 aufnehmen und hierfür Investitionskredite strukturieren. Ziel ist es, eine optionale Fusion in der Finanzierungsstruktur zu berücksichtigen, um die Übertragung dieser Darlehen an eine selbstständige Rechtsform zu ermöglichen.

2. Die Kreiskliniken übertragen die bestehenden Altdarlehen in Höhe von stichtagsabhängig ca. 30 Mio. Euro zum 31.12.2016 an den Landkreis Darmstadt-Dieburg. Die Übertragung wird zu 60% in Form einer Kapitalerhöhung und zu 40% in Form eines Gesellschafterdarlehens durchgeführt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Abg. Brechtel (FW-PP) beteiligt sich nicht an der Abstimmung.

Beschluss zu TOP 4.2.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 4.2.1.

Vorlage-Nr.: 2475-2014/DaDi

Aktenzeichen: 519-017

Betreff: **Medizinische Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg - Antrag CDU**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Landrat Schellhaas teilt mit, dass noch Änderungsbedarf bzw. Änderungswünsche hinsichtlich der Vorlage bestehen und gibt hierzu weitere Erläuterungen.

Abg. Köhler (CDU) schlägt vor, einen fraktionsübergreifenden Änderungsantrag zu den Tagesordnungspunkten 4.2.1 und 4.2.2 zu formulieren. **Abg. Harth** (Grüne) bittet, dass ein gemeinsamer Änderungsantrag bereits zur Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 25.01.2016 vorliegt, um eine Beschlussempfehlung für den Kreistag herbeiführen zu können.

Vorsitzende Dahms stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales zu dieser Verfahrensweise fest. Weiterhin stellt sie mit Zustimmung des Antragstellers das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, keine Beschlussempfehlung zu den Tagesordnungspunkten 4.2.1 und 4.2.2 herbeizuführen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt ein Konzept zur Sicherstellung der medizinischen Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg vorzulegen. Dabei sind folgende Grundsätze zu beachten:

- I. Die Versorgung der Kreisbevölkerung durch qualifizierte Ärzte muss gesichert werden.
- II. Der privatwirtschaftlich, selbstständige Arzt ist die beste Möglichkeit die Versorgung zu sichern. Diese Strukturen zu stärken und zu fördern ist unser vorrangiges Ziel.
- III. Die Gründung von MVZ durch den Landkreis Darmstadt-Dieburg ist eine höchstens sekundäre Maßnahme zur Sicherung der Versorgung. Diese soll nachweislich wirtschaftlich erfolgen.
- IV. Es ist auf eine gerechte Verteilung des Engagements des Landkreises – je nach Bedarf – in den jeweiligen Kreiskommunen zu achten.

Sollte als letzte Möglichkeit zur Sicherung der medizinischen Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg die Gründung eines Medizinischen Versorgungszentrums notwendig sein, sind folgende Voraussetzungen zu erfüllen:

1. Der Hausärztemangel in der Kommune in der ein MVZ gegründet werden soll muss durch die Kassenärztliche Vereinigung nachgewiesen werden.

2. Der Veräußerer der Arztpraxis muss dem Landkreis nachweisen, dass er trotz aller Bemühungen keinen Nachfolger für seine Praxis finden konnte.
3. Veräußerer dürfen höchstens noch bis zu 6 Monaten nach Übernahme der Praxis in der selbigen arbeiten.
4. Der Kaufpreis für den Hausarztsitz muss unter dem Marktniveau liegen.
5. Die Vorteile der dort angestellten Ärzte im Angestelltenverhältnis müssen sich in der Entlohnung widerspiegeln.
6. Die Wirtschaftlichkeit eines geplanten MVZ muss glaubhaft nachgewiesen sein.
7. Es werden grundsätzlich keine Immobilien durch den Landkreis angekauft.
8. Die vom Landkreis betriebenen MVZ müssen hinsichtlich Qualität, Hausbesuche und Öffnungszeiten das Niveau der vorherigen Praxen erreichen.
9. Den angestellten Ärzten muss ausreichend Gestaltungsspielraum eingeräumt werden um ihnen zu ermöglichen die Praxis modern und effizient zu betreiben.
10. Eine Gewinnbeteiligung der Ärzte ist vorzusehen.
11. Für jedes MVZ wird eine zivilrechtliche Gesellschaft gegründet die selbständig handeln kann und nicht zentral aus der Kreisverwaltung gesteuert wird.

Außerdem soll ein Maßnahmenpaket gemeinsam mit den Gemeinden erarbeitet um die Attraktivität des Standortes für niedergelassene Ärzte steigern. In diesem Zusammenhang sind folgende Maßnahmen zu prüfen:

- a. Gewährung von Existenzgründerdarlehen für junge Hausärzte.
- b. Hilfe für Hausärzte bei der Wohnungs- und Praxissuche.
- c. Hilfe bei der Suche nach einem Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung

Beschluss zu TOP 4.2.2.

Vorlage-Nr.: 3215-2015/DaDi

Aktenzeichen: 519-017

Betreff: **Sicherung der medizinischen Versorgung im Landkreis Darmstadt-Dieburg
hier: Hausärztliche und fachärztliche Versorgung durch Medizinische
Versorgungszentren**

Beschluss: **ohne Beschlussempfehlung**

Beschlussvorschlag:

Der Landkreis Darmstadt-Dieburg macht es sich zur Aufgabe, neben der ihm obliegenden stationären Versorgung auch für die Sicherung einer ambulanten gesundheitlichen Basisversorgung in einem ausreichenden Ausmaß verantwortlich zu zeichnen. Dies geschieht in hohem Maße durch Kooperation mit den Kommunen des Landkreises sowie den niedergelassenen Ärzten und medizinischen Berufen. Die Gewährleistung der Gesundheitsversorgung ist ein kritischer Standortfaktor für alle Kommunen sowie den Landkreis. Nur ein gemeinsames Agieren kann auf Dauer einen Wettbewerb um Ärzte und Gesundheitsdienstleistern verhindern.

Im Zuge der Daseinsfürsorge muss ein attraktiver und leistungsfähiger Landkreis auch in Zukunft für seine Bevölkerung eine ausreichende und wohnortnahe Basisversorgung in der ambulanten Versorgung sicherstellen. Die Etablierung eines medizinischen Versorgungszentrums stellt dabei ein geeignetes Instrument dar. Hierbei kann der Landkreis sowohl in beratender Form für niedergelassene Ärzte und Gesundheitsdienstleister als auch als Gründer und somit Anteilseigner oder Inhaber (Träger) eines MVZ tätig werden.

Beschluss zu TOP 4.3.

Vorlage-Nr.: 3229-2015/DaDi

Aktenzeichen: 419-019

Betreff: **Initiative für Beschäftigung in der Flüchtlingshilfe - Antrag FW-PP**

Beschluss: **zurückgestellt**

Nach ausführlicher Diskussion bittet **Abg. Keil** (CDU) den Antragsteller um die Konkretisierung des Beschlussvorschlages und die Nachreichung einer Begründung.

Abg. Brechtel (FW-PP) teilt für den Antragsteller mit, dass er den Antrag zurückstellen möchte, um den Beschlussvorschlag und die Begründung im Nachgang konkretisieren zu können.

Vorsitzende Dahms stellt das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest, die Vorlage zurückzustellen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt eine Initiative zu starten, um Geflüchtete und Erwerbslose für die Arbeit in der Flüchtlingshilfe zu gewinnen. Dazu sollen Qualifikationsprofile erstellt werden und passende Angebote für Mitarbeitsmöglichkeiten in der Sozialarbeit, medizinischen Versorgung, Sicherheitsdiensten, Hilfsdiensten bei Transporten, Aus- und Weiterbildung und anderen Tätigkeiten in der Flüchtlingshilfe unterbreitet werden.

Beschluss zu TOP 4.4.

Vorlage-Nr.: 3240-2015/DaDi
 Aktenzeichen: 723-003
 Betreff: **Fahrtkostenübernahme für Kinder - Antrag FW-PP**
 Beschluss: **geändert beschlossen**

Abg. Merker (SPD) schlägt vor, den Antrag in einen Prüfauftrag zu verwandeln.

Nach ausführlicher Diskussion schlägt **Abg. Brechtel** (FW-PP) vor, den ersten Satz des Beschlussvorschlages wie folgt zu ändern:

Der Kreisausschuss wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der DaDiNa und dem RMV zu prüfen, ob Kinder von Leistungsbeziehenden (ALG, ALG2, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz, etc.) von den Fahrtkosten für den ÖPNV im DaDiNa-Tarifgebiet befreit werden können.

Vorsitzende Dahms stellt zum Änderungsvorschlag des **Abg. Brechtel** (FW-PP) das Einvernehmen des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales fest und lässt sodann über den Beschlussvorschlag in geänderter Form abstimmen.

Beschlussvorschlag:

Der Kreisausschuss wird beauftragt in Zusammenarbeit mit der DaDiNa und dem RMV zu prüfen, ob Kinder von Leistungsbeziehenden (ALG, ALG2, Sozialhilfe, Asylbewerberleistungsgesetz, etc.) von den Fahrtkosten für den ÖPNV im DaDiNa-Tarifgebiet befreit werden können. Es soll ein allgemeiner Ausweis oder ein Ticket für diese Personengruppe von der Landkreisverwaltung ausgestellt werden. Es soll dabei zudem geprüft werden, eine allgemeine Kostenbefreiung für alle Kinder und Jugendliche im ÖPNV zu ermöglichen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
 Zustimmung (Ja):
 Ablehnung (Nein):
 Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 4.5.

Vorlage-Nr.: 3091-2015/DaDi

Aktenzeichen: 429-005

Betreff: **Kinderschutz - Zusammenarbeit mit dem Deutschen Kinderschutzbund**Beschluss: **ungeändert beschlossen****Beschlussvorschlag:**

Der Kreisausschuss wird ermächtigt, dem Antrag des Deutschen Kinderschutzbundes vom 30.06.2015 auf Ausweitung des bestehenden Zuwendungsvertrages mit folgenden Schwerpunkten zu entsprechen:

1. Stellenausweitung ab dem 01.01.2016 von 1,5 auf 2,0 Planstellen für die Wahrnehmung von Kinderschutzaufgaben gemäß §§ 8 a und 8 b SGB VIII.
2. Erhöhung der Bezuschussung für die Arbeit der Beratungsstelle ab dem 01.01.2016 um zusätzlich 15.720,-- €.

Die Deckung der Mehrkosten ist im Rahmen der Deckungsfähigkeit des Budgets sicherzustellen.

Finanzielle Auswirkungen:

Produkt: 1.06.02.05

Investitionsmaßnahme:

Aufwendungen	2015	2016	2017
Sachkonto:	195.000,00 EUR	210.270,00 EUR	210.270 EUR
Erträge	2015	2016	2017
Sachkonto:	0,00 EUR	0,00 EUR	0,00 EUR

Abstimmungsergebnis:

einstimmig
Zustimmung (Ja):
Ablehnung (Nein):
Enthaltung:

Detailergebnis, wenn zutreffend	Zustimmung (Ja):	Ablehnung (Nein):	Enthaltung:
SPD	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Grüne	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
CDU	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FDP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
FW-PP	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Linke	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Fraktionslos	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

Befangen:

Beschluss zu TOP 5.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Kenntnisnahmen**

Beschluss:

Beschluss zu TOP 5.1.

Vorlage-Nr.: 3226-2015/DaDi

Aktenzeichen: 429-013

Betreff: **Das Jugendamt des Landkreises Darmstadt-Dieburg Jahresbericht 2013/2014**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Abg. Hoffmann-Maier (Grüne) bittet, dass zukünftig die Jahresberichte des Jugendamtes mündlich erläutert werden.

Erste Kreisbeigeordnete Lück

übergibt den Jahresbericht 2013/2014 des Kreisjugendamtes Darmstadt-Dieburg.

Der Bericht gibt einen differenzierten Einblick in die vielfältigen Aufgaben und die Arbeitsergebnisse des Jugendamtes und seiner Fachbereiche „530 Familienförderung“ und „531 Jugendhilfe“, einschließlich der kreiseigenen Beratungseinrichtungen. Weiter informiert er über Entwicklungen und Eckdaten der Kinder- und Jugendhilfe im Landkreis Darmstadt-Dieburg. Kennzahlen sowie Daten und Fakten im Steckbrief geben einen statistischen Überblick über die einzelnen Leistungen der Jugendhilfe und ihre Inanspruchnahme.

Beschluss zu TOP 5.2.

Vorlage-Nr.: 3266-2015/DaDi

Aktenzeichen: 412-001

Betreff: **Entwicklung der Arbeitslosenzahlen (November 2015)**Beschluss: **Kenntnis genommen**

Auf Nachfrage von **Abg. Landgraf-Sator** (CDU) sagt **Kreisbeigeordnete Lück** zu, die arbeitslosen Asylsuchenden in der Berichterstattung über die Entwicklung der Arbeitslosenzahlen ab Januar 2016 getrennt aufzuführen.

Landrat Schellhaas berichtet, dass die Arbeitslosenquote für den Landkreis Darmstadt-Dieburg im Monat November 4,6 % beträgt. Im November 2015 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.218 Personen arbeitslos gemeldet. Das sind 132 Personen weniger als im Vormonat Oktober 2015.

Folgende Übersicht stellt die Entwicklungen der vergangenen vier Monate dar:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	August 2015	September 2015	Oktober 2015	November 2015
Arbeitslose im Rechtskreis SGB II	4.758 3,0 %	4.807 3,0 %	4.885 3,1 %	4.872 3,1 %
Arbeitslose im Rechtskreis SGB III	2.828 1,8 %	2.602 1,7 %	2.465 1,5 %	2.346 1,5 %
Arbeitslose - insgesamt -	7.586	7.409	7.350	7.218
Arbeitslosenquote in %	4,8 %	4,7 %	4,6 %	4,6 %

In der Jahresbetrachtung ist die Arbeitslosenzahl im Vergleich zum Vorjahresmonat (November 2014) um insgesamt 84 Personen gestiegen (die Arbeitslosenquote lag bei 4,6 %). Im November 2014 waren im Landkreis Darmstadt-Dieburg 7.134 Personen arbeitslos gemeldet (4.716 Personen bzw. 3,0 % im Rechtskreis SGB II und 2.418 Personen bzw. 1,5 % im Rechtskreis SGB III).

Für die Leistungsgewährung bei den Arbeitslosen im Rechtskreis des SGB II wird das Einkommen aller Personen herangezogen, die mit dem Leistungsempfänger eine sogenannte Bedarfsgemeinschaft bilden.

Folgende Übersicht beschreibt die Zahl Bedarfsgemeinschaften in den vergangenen vier Monaten:

Landkreis Darmstadt-Dieburg	August 2015	September 2015	Oktober 2015	November 2015
Bedarfsgemeinschaften	7.232	7.221	7.170	7.204

Dazu waren im Monat November 2015 bei der Agentur für Arbeit Darmstadt 1.733 freie Stellen in Unternehmen im Landkreis Darmstadt-Dieburg gemeldet.

Prozentuale Entwicklung der Arbeitslosenzahlen im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt:

	August 15	September 15	Oktober 15	November 15
Landkreis Darmstadt-Dieburg	4,8	4,7	4,6	4,6
Kreis Bergstraße	4,1	3,9	3,8	3,7
Stadt Darmstadt	6,6	6,4	6,2	6,1
Kreis Groß-Gerau	6,2	6,0	5,9	5,8
Odenwaldkreis	5,7	5,4	5,3	5,2

Die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Bezirk der Agentur für Arbeit Darmstadt beträgt im

Monat November 4,7 %, bei 20.609 Arbeitslosen. Das sind 372 Personen weniger als im Vormonat Oktober 2015.

Beschluss zu TOP 5.3.

Vorlage-Nr.: 3270-2015/DaDi

Aktenzeichen: 440-005

Betreff: **Anfragen zum Bericht über die Ausführung des Frauenförderplanes für das Jahr 2014 - Anfrage Ausschuss für Gleichstellung, Generationen und Soziales**

Beschluss: **Kenntnis genommen**

Auf die Bitte der **Abg. Hoffmann-Maier** (Grüne) in der Sitzung des Ausschusses für Gleichstellung, Generationen und Soziales am 02.12.2015 unter Tagesordnungspunkt 5.5, gibt **Landrat Schellhaas** zur Kenntnis, dass ein Frauenförderplan nur im Eigenbetrieb Kreiskliniken anwendbar wäre. Da aufgrund eines politischen Beschlusses seit dem Jahr 2000 keine Einstellungen mehr im Eigenbetrieb vorgenommen werden und der Frauenförderplan hier ins Leere laufen würde, ist dieser entbehrlich.

Beschluss zu TOP 6.

Vorlage-Nr.:

Aktenzeichen:

Betreff: **Mitteilungen und Anfragen**

Beschluss:

Mitteilungen und Anfragen liegen nicht vor.

Vorsitzende Dahms schließt die Sitzung um 17:08 Uhr.

Ende der Niederschrift

Darmstadt, den 10. Februar 2016

Für die Ausfertigung

gez. Angelika Dahms
Angelika Dahms
Vorsitzende

gez. Johanna Fiskal
Johanna Fiskal
Schriftführerin